

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 145

Donnerstag, den 5. Dezember 1918

69. Jahrgang

Vor der Wahl.

Elf Wochen sind es, bis zur Nationalversammlung. Der 16. Februar 1919 wird über Deutschlands Schicksal endgültig entschieden. Wir wissen wohl, daß es gewisse Kreise gibt, die sich mit Händen und Füßen gegen die Nationalversammlung gewehrt haben, und wir möchten beinahe fürchten, daß diese Fanatiker, obgleich sie nunmehr wissen müßten, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes unter allen Umständen die Nationalversammlung will, es dennoch nicht an Versuchen, ihr Zustandekommen zu verhindern, fehlen lassen werden. Dem muß dann entgegengetreten werden. Wir geben uns der Gewissheit hin, daß die Reichsregierung alles daransetzen wird, um die Wahl ebenso wie die Vorbereitung dazu vor jedem Übergriff und jeder Gefährdung zu bewahren. Die elf Wochen vor der Wahl werden erfüllt sein mit heiklem politischem Kampf. Aber sie dürfen nicht bedroht sein durch Gezeiten von irgendwelchen Parteien, die dem Wahne folgen, daß es dem deutschen Volke am besten gehen würde, wenn es sich die Meinung einer entscheidenden Minderheit aufzwingen ließe.

Wenn nun aber so gesichert wird, daß die Vorbereitung zur Wahl in äußerster Ruhe geschehen kann, so muß mit genau so großer Entschlossenheit dafür gesorgt werden, daß das innere politische Leben während dieser elf Wochen in ungewöhnlicher, und aber auch zu noch nie dagewesener Stärke gesteigert wird. Wir meinen damit nicht so sehr, daß der Wahlkampf hart und grimmig werden soll; das wird schon von alleine geschehen. Wir meinen, daß vor allem eine wirklich gediegene und gründliche Aufklärung der Wähler vor sich gehen muß. Das deutsche Volk, das jahrhundertlang politisch uninteressiert gewesen ist, und das erst durch den Krieg und durch die Revolution aus seinem Schlummer erwachte, bedarf noch einer gründlichen politischen Pflege, um zu sehen, was ihm not tut und wie es die ihm gesteckten Ziele am sichersten erreicht. Solche Erziehungsarbeit ist diesmal um so notwendiger, als die Zahl der aufzuklärenden Wähler wesentlich größer als je zuvor sein wird. Nicht nur, daß fünf ganze Jahrgänge, nämlich die 20- bis 25-jährigen mehr an die Urne herantreten, auch den Frauen ist diesmal der Weg freigegeben. Gerade sie werden zunächst einmal das Alphabet des politischen Denkens beigebracht bekommen müssen, damit sie lernen, nicht nur blindlings die Stimmen der Männer verdoppeln, sondern in Selbstständigkeit zu wählen und so das Schicksal des Reiches bilden zu helfen.

Zur inneren Lage.

Die besetzten Gebiete.

Jülich. Hier ist belgisches Militär eingedrückt. Ohne Erlaubnis darf niemand die Stadt verlassen noch betreten. Von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens müssen alle Einwohner zu Hause bleiben. Alle öffentlichen Gebäude, Theater, Kinos, Kaffees und Wirtschaften sind sofort bis zu weiterem Befehl zu schließen. Die Zivilbevölkerung hat die Waffen abzugeben. Geheime müssen versteckt werden. Aller Wagenverkehr ist bis zum Erlaß neuer Befehle untersagt. Ausgenommen ist der Verkehr der elektrischen Straßenbahn und der Lebensmittelverkehr. Keine Zeitung kann veröffentlicht werden und keine Plakate dürfen erscheinen ohne die Erlaubnis des Kommandanten. Die Zivilbevölkerung muß die vorübergehenden Offiziere durch Abnahme der Kopfbedeckung grüßen und dabei den Bürgerkeis verlassen. Die Bürgerwehr wird abgeschafft.

(*) Köln, 4. Dez. Wie die „Stm. Ztg.“ von wohlinformierter Seite erfährt, hat der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission in einer der letzten Sitzungen eine Note überreicht, in der die Bedürfnisse der Besetzungstruppen für die nächste Zeit angegeben wurden. Die Engländer verlangen eine vorläufige Kontribution von 40 Mill. Mark. Hier von sind von der Stadt Düren 10 Mill. Mk. bis zum 5. Dezember, von der Stadt Köln 30 Mill. Mk. bis zum 12. Dezember zu entrichten. Die Amerikaner verlangen einwöchigen 54 Mill. Mk. Ort und Zeit der von Amerikaner, Belgier und Franzosen abzuleistenden Beiträge werden noch bekannt gegeben.

(*) Aus dem Haag, 4. Dez. Beim Betreten des deutschen Bodens durch die englischen Truppen ist von der englischen Heeresleitung folgender Tagesbefehl ausgegeben worden: Die vollkommenste Ordnung muß von den Truppen, die den Vorzug haben, in Deutschland einzurücken, eingehalten werden. Die englische Ueberlieferung im Verhalten zu einem geschlagenen Feind ist hochzuhalten. Alle Maßnahmen zur Herbeiführung von Entschädigungen und Wiedervergeltung sind Sache der Behörden selbst, aber nicht des Einzelnen. Entsprechende Aufrufe der Franzosen und der Belgier sind nicht bekannt.

Zweibrücken. Unter den eingetruckenen französischen Truppenabteilungen befanden sich auch Farbiges. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf sich niemand auf der Straße sehen lassen. Alle Waffensind abzugeben. Keine Ansammlungen dürfen stattfinden. Post-, Eisenbahn- und auch ein großer Teil des Fernsprechverkehrs wurde vollständig gesperrt.

Köln. Belgische Truppen haben in Aachen Geiseln festgenommen als Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Unruhe verurteilt, wird erschossen. Niemand darf das Rathaus betreten, der nicht die Erlaubnis hierzu hat.

Speyer. Infolge Einrückens französischer Besatzungstruppen ist der Personenverkehr auf den südpfälzischen Bahnstrecken eingestellt, während Güterzüge und Leertzüge noch verkehren dürfen.

(*) Genf, 5. Dez. In Straßburg haben die französischen Behörden den General Hirschauer, der bisher Befehlshaber der zweiten französischen Armee war, zum Militärgouverneur ernannt. Der Oberkommandant der französischen Zivilverwaltung, Maringer, hat den Straßburger Gemeinderat aufgelöst und den Industriellen Ulgemach zum Vorsitzenden der Stadtverwaltung ernannt mit Peirotes und Reunreicher als Beisitzende. Präsident Poincaré wird sich am 8. Dezember nach Straßburg begeben, wo am 9. Dezember in Anwesenheit Clemenceaus, der Präsidenten des Senats und der Kammer und des diplomatischen Korps feierlich die Besitzergreifung des Landes durch Frankreich vorgenommen werden soll. Von dem neuen französischen Bürgermeister Prevel wird die deutsche Bevölkerung in einem öffentlichen Aufruf zur Ruhe ermahnt unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Kriegsgerichte bis zum Abschluß des Friedens. Der Zivilgouverneur Mirman hat die Entfernung aller deutschen Aufschriften an öffentlichen Gebäuden und privaten Geschäftshäusern angeordnet und den im öffentlichen Dienst verbliebenen Beamten befohlen, die deutschen Uniformen abzulegen und sich mit einer französischen Kolorade zu versehen.

Proklamation Joos im linksrheinischen Land.

* Haag, 5. Dez. Marschall Joos richtete an die Bevölkerung der besetzten linksrheinischen Gebiete eine Proklamation, in der es u. a. heißt:

Die Militärbehörden der Alliierten haben den Befehl über das Land übernommen. Sie verlangen von allen Personen völligen Gehorsam. Alle Anordnungen, die im Augenblick der Okkupation bestehen, werden von uns berücksichtigt werden, soweit sie mit unseren Rechten und Sicherungsmaßnahmen vereinbar sind. Unter Leitung und Kontrolle der militärischen Behörden werden die öffentlichen Betriebsstellen weitergeführt. Die Beamten haben ihren Dienst auch weiterhin ehrlich und gewissenhaft zu versehen. Die Einwohner haben sich jeder Feindseligkeit direkt oder indirekt in Worten und Taten gegen die alliierten Truppen zu enthalten. Jeder, der irgend eines Vergehens gegen die Sicherheit der Truppe gerichtet, für schuldig befunden wird, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.

Zeitweilige Besetzung Berlins.

* Berlin, 4. Dez. Wie ein amerikanischer Funkpruch vom 29. November meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweilig besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Die Bewegung im Reich.

(*) Gotha. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat seinen Vorsitzenden Geithner seines Postens enthoben, weil er sich gegen die Nationalversammlung ausgesprochen hatte. Die Diktatur habe lange genug wie ein Alp auf dem Volke gelastet, eine neue Diktatur müsse unterbunden werden. Auch der unabhängige Reichstagsabgeordnete Bo-Gotha ist aus dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgeschieden.

Berlin. Der A. u. S.-Rat in Mech ist bereits am 14. November aufgelöst und seine bis dahin nicht gestrichenen Mitglieder sind verhaftet worden. Generalissimus Joos erkennt die A. u. S.-Räte nicht als öffentlich rechtliche Körperschaften an und gewährt ihren Mitgliedern keinen anderen Schutz als anderen Privatpersonen. Unter diesen Umständen werden die A. u. S.-Räte im besetzten Gebiet sich auflösen müssen.

(*) Wiesbaden. Der niederrheinische Arbeiter- und Soldatenrat hat dem Regierungspräsidenten von Meiser ein Ultimatum gestellt zwecks anderweitiger Besetzung des Landratspostens für den Landkreis Wiesbaden. Kammerherr v. Heimburg, der bereits als Wiesbadener Polizeipräsident vom hiesigen Soldatenrat abgesetzt wurde, hat vorläufig einen Urlaub angetreten.

(*) Düsseldorf. Im Arbeiter- und Soldatenrat ist eine Spaltung eingetreten. Die Mehrheitssozialisten haben ihren Austritt erklärt, sodaß die Unabhängigen und Spartaisten allein das Heft in Händen haben. Die Mehrheitssozialisten hatten eine Neuwahl des A. u. S.-Rates auf demokratischer Grundlage durch sämtliche Arbeiter und Angestellte bis zu einer bestimmten Gehaltsstufe gefordert.

(*) Hamburg. Der Hamburger Polizeibereichsleiter Mann ist durch den A. u. S.-Rat abgesetzt worden. Auch der Hamburger Amtsverwalter für Elmsbüttel, Dr. Schamer, wurde seines Amtes enthoben.

Der bayerische Landesoldatenrat.

(*) München, 3. Dez. Die Versammlung der Delegierten sämtlicher Soldatenräte Bayerns erklärte in der letzten Sitzung, daß sie einmütig das von dem Gesamtministerium unterbreitete Regierungsprogramm billige. Die Soldatenräte würden alles aufbieten, im Sinne dieser Erklärung zu wirken, und ihre höchste Pflicht darin erblicken, Ruhe und Ordnung zu wahren. Ganz besonders begrüßte es die Delegiertenversammlung, daß das Gesamtministerium sich als oberstes Ziel die Wahrung der Reichseinheit mit federativem Charakter gesetzt habe und die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung für unbedingt notwendig erachte. Hierin erblickte der Delegiertenrat die Gewähr für eine gesunde Konsolidierung Bayerns und des Reiches, die bei den Völkern der Entente Vertrauen erwecken und zu einem baldigen und gesicherten Frieden führen müsse.

Das Wahlgesetz für Hessen.

W. Darmstadt, 3. Dez. Das Wahlgesetz für die hessische Volkskammer ist nunmehr beschlossen. Die Volkskammer wird aus 58 Abgeordneten gebildet. Die Wahlrechtsbestimmungen entsprechen denen für die Nationalversammlung. Die Abgeordneten werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Das ganze Land bildet einen Wahlkreis.

Die Volkskammer tritt am achten Tage nach der amtlichen Ermittlung des Wahlergebnisses in Darmstadt im Ständehaus, vormittags 11 Uhr, unter dem vorläufigen Vorsitz des ältesten Mitgliedes zusammen und wählt die Leitung. Die Geschäftsordnung gibt sich die Kammer selbst. Die provisorische Regierung, die allein die Vollzugsgewalt in Hessen ausübt, ist nach dem Zusammentreten der Volkskammer ausschließlich dieser verantwortlich. Sie bleibt solange im Amte, als sie das Vertrauen der Volkskammer genießt. Entzieht die Volkskammer der Regierung das Vertrauen, so ist aus der Volkskammer eine neue Regierung zu bilden. Als Wahltag ist der 19. Januar 1919 in Aussicht genommen.

Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat gegen die Verwendung schwärzer Truppen zur Besetzung deutscher Gebiete energisch protestiert.

Auf den am Montag von der deutschen Waffenstillstandskommission rechtzeitig überreichten Vorschlagsvorschlag zur Ablieferung der Lokomotiven war bis Dienstag mittags 1 Uhr bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa eine Antwort nicht eingelaufen.

Die Kriegsgefangenen.

W. Berlin, 3. Dez. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich in den letzten Tagen Kriegsgefangene aller Nationen eigenmächtig aus den Gefangenenerlagern und von den Arbeitsstellen entfernt hätten. Da sie größtenteils ohne genügende Bekleidung und Verpflegung wären, so seien sie sehr bald darauf angewiesen, auf unrechtmäßigem Wege sich dieses zu verschaffen. Tatsächlich seien auch welche in ungenügendem verfallenen Zustande in Frankreich angelangt, worauf die englische Regierung geklagt hätte, daß, wenn die Versorgung und Sammlung der Kriegsgefangenen nicht ordnungsgemäß vor sich gehe, unverzüglich mit dem Kriege wieder begonnen würde. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß alle Kriegsgefangenen unter allen Umständen in den Lagern und auf den Arbeitsstellen solange festgehalten werden müßten, bis ihr Abtransport auf Anweisung der damit betrauten Dienststelle im Einvernehmen mit den Heimatstaaten erfolgt sei.

Allerlei Nachrichten.

Der Ex-Kaiser.

W. Haag, 3. Dez. Aus London meldet der „Telegraf“: Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Der Beschluß, Maßregeln gegen den deutschen Kaiser zu ergreifen, ist augenscheinlich eine Lösung der Wahlfrage. Der Kriegsminister kam zu folgenden Schlüssen: 1. Es liegt in der Macht der alliierten Regierungen, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. 2. Die britische Regierung wird alle nötigen Schritte tun, um die Auslieferung durchzusetzen. 3. Wenn die Auslieferung gesichert ist, muß der Kaiser zum Tode verurteilt werden. Die Angelegenheit wird auf einer Konferenz besprochen werden, die in Downing Street bereits begonnen hat und an der Clemenceau, Joos, Orlando und Sonnino teilnehmen. Diese Konferenz dauert zwei bis drei Tage.

Stinnes gegen Weber.

(*) Berlin, 3. Dez. In der Sonntagsversammlung im Zirkus Busch hatte Prof. A. Weber behauptet, Leute wie Stinnes und Thiesse betrübten in Spa die Gründung eines Rheinbundes unter französischem Protektorat. Gegen diese Behauptung verwahrt sich Herr Stinnes in der „Post. Ztg.“, bezeichnet diese Behauptung als unwahr und fordert Herrn Weber Mitteilung zu machen, auf welche Unterlagen er sich stütze.

Die Friedenskonferenz.

(d.) Berlin, 3. Dez. Es steht, dem Berl. Tageblatt zufolge, bisher noch nicht fest, welche Persönlichkeiten das Deutsche Reich bei der Friedenskonferenz diplomatisch und politisch vertreten werden. Dagegen ist als sicher anzunehmen, daß Geheimrat Legationsrat Simon, der seit einiger Zeit die juristische Abteilung des Auswärtigen Amtes leitet, mit mehreren Mitarbeitern an der Konferenz teilnehmen wird. Professor Walter Schöding wird dem Legationsrat beigegeben werden.

Wilson und der Friede.

(b.) Amsterdam, 3. Dez. In seiner Botschaft an den Kongress äußerte Präsident Wilson die Hoffnung, daß der Friedensvertrag im Frühjahr unterzeichnet werde. Er erklärte sich mit dem neuen Flottenprogramm einverstanden, da es nach seiner Auffassung verfehlt sei, den Schiffbau im Verhältnis zu einer Zukunftspolitik zu gestalten, welche noch unbestimmt sei. Er erklärte zu der Nachricht, daß er der Friedenskonferenz beizuwohnen wolle, er halte es für seine Pflicht, dort seine Aufgabe zu erfüllen, damit das Ziel erreicht werde, für das die amerikanischen Soldaten ihr Leben eingesetzt hätten. Diese Stelle ist von den Demokraten mit stürmischem Beifall aufgenommen worden. Sie erhoben sich von ihren Sitzen. Die Republikaner schwiegen. Sie hatten die dreiviertelstündige Rede nicht unterbrochen.

Zur See.

(b.) Köln, 3. Dez. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus dem Haag: Neuer meldet, man glaubt, daß Deutschland während der ganzen Kriegszeit im ganzen 360 Tauschboote gebaut hat, von denen etwa 200 vernichtet worden sind. Von maßgebender Seite erfährt man, daß die deutschen U-Boote richtig eingekauft und daß die Gesamtzahl der abgelieferten Tauschboote etwa 150 betragen werde.

Die Bolschewisten.

(w.) Berlin, 3. Dez. Wie sich weiter herausstellt, ließ sich die frühere russische Botschaft hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, ließ ein Mitglied der Botschaft ein Päckchen mit Papieren liegen. Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankauf kleinerer Mengen Waffen und Munition. Sie erstreckten sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 und lauten auf insgesamt 159 Mauserpistolen, 28 Brownings, 23 Parabellumpistolen nebst etwa 27 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mark. Die Erklärung Nadeks, Absatz 2 des Friedensvertrages habe die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Verberberung zu treiben, erhält damit noch weitere Unterlagen.

Aus England.

(w.) London, 3. Dez. (Reuter.) Nach der „Daily News“ beabsichtigt die Koalitionsregierung, die Einberufung des neuen Parlaments bis nach dem Friedenskongress aufzuschieben, der in sechs bis sieben Wochen zu Ende sein wird.

(b.) Haag, 3. Dez. „Hollandsch Nieuwsburo“ meldet aus London: Die unabhängige Arbeiterpartei, die britische sozialistische Partei und die sozialistische Arbeiterpartei haben zusammen ein Wahlschlachtfeld herausgegeben, worin sie die britischen Arbeiter anregen, ihr eigenes Interesse zu wahren, indem sie die gemeinschaftlichen Interessen der internationalen Demokratie in Schutz nehmen.

Beigelegte Eisner-Krise.

(b.) München, 3. Dez. Wie gemeldet wird, soll die Krise gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Eisner in der Bevölkerung eine Atmosphäre härtester Spannung erzeugt haben. Im Ministerrat fand deshalb eine gründliche Aussprache statt, und es wurden Grundzüge eines klar umrissenen Programms beigelegt. Ministerpräsident Eisner selbst soll das Zugeständnis gemacht haben, den Boden streng konstitutioneller gemeinsamer Arbeit nicht zu verlassen. Ministerpräsident Eisner gab eine Erklärung im Namen des Ministerrates ab, in der betont wird, daß die Regierung des bayerischen Volksstaates auf der revolutionären Grundlage beruhe, auf der sie entstanden sei. Die Regierung sei entschlossen, wie bisher, Ruhe und Ordnung nachdrücklich zu sichern und mitten in dem Zusammenbruch des alten Systems rasch und zielstrebig durch umfassende und tiefgreifende Reformen den Wiederaufbau des Staatswesens im Sinne ihrer früheren Proklamation durchzuführen. Jeden Loslösungsbestrebungen vom Reiche werde sie entgegenstehen. Die bayerische Regierung verbürge sich dem Auslande gegenüber, daß das neue Staatswesen in ruhiger Weise sich entwickle und in dem Vertrauen und der Mitarbeit der breitesten Massen des Volkes verankert ist. Das Publikum wird ferner ermahnt, den wilden umlaufenden Gerüchten keinerlei Glauben zu schenken. Mehr denn je würde Klarheit und ruhige Einsicht gebraucht. Von den Mächten der Entente wird erwartet, daß sie um die Bevölkerung Deutschlands zu beruhigen, den Gerüchten entgegenzutreten, deren Fortdauer Zustände wilder Verwirrung schaffen könnten. Die Entente müßte fundgeben, daß sie nicht beabsichtigt, Deutschland aufzulösen, weitere deutsche Gebiete besetzen und die Feindseligkeiten wieder beginnen will. Die Volksregierung Bayerns bekennt einmütig die Methoden des Terrorismus und der privaten Expropriation, wie sie auch unter den heutigen Verhältnissen eine sofortige umfassende Sozialisierung der Produktion nicht für möglich halte. Aber nicht minder wolle sie die in der Revolution geschaffenen Organisationen des Volkes, die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte entwickeln, und deshalb ersuche sie die Regierungen der Entente, zu veranlassen, daß in dem okkupierten Gebiet diese Volksräte wieder hergestellt werden, die sicher nur in der mißverständlichen Annahme aufgelöst worden seien, es mit terroristischen Körperschaften zu tun zu haben, während sie in Wahrheit demokratische Organisationen der öffentlichen Kontrolle und Mitarbeit sind. Weiter heißt es: Die Volksregierung Bayerns ist zu der Überzeugung gekommen, daß in Zukunft die Völker durch die gänzliche Abschaffung der stehenden Heere und der allgemeinen Wehrpflicht für alle Zukunft von dem Druck des Militarismus und der Kriegsbefehle erlöst werden und daß alle Bürger hinfort für die schaffende Arbeit freigestellt werden können. Die Volksregierung Bayerns wird ihr Versprechen, eine Aktionärsversammlung so rasch wie möglich einzuberufen, erfüllen. Ent-

gegen umlaufenden Gerüchten, so erklärt Ministerpräsident Eisner zum Schluß, daß der Ministerrat ihn zu Friedensbemühungen ermächtigt habe. Der Ministerrat des Volksstaates Bayern sei durchdrungen von der Notwendigkeit, daß sich alle Regierungen des Deutschen Reiches unverzüglich auf ein festes Programm der äußeren und inneren Politik einigen. (Stürmischer Beifall.)

Darauf nahm Minister des Innern Auer, das Wort. Er bittet dringend, im Geiste der soeben verlesenen Proklamation zu wirken. Ein geschlossenes zielbewusstes Zusammenarbeiten ist die Voraussetzung dafür, daß unser schwergeprüftes Volk zur Ruhe kommt. Die Errungenschaften der Revolution müssen so tief verankert werden, daß sie nie wieder beseitigt werden können. Auer gibt sodann einen Überblick über die Bemühungen, die die Regierung den Ernährungs- und Versorgungsfragen widmet. Heute sind die Grundlagen zur geschlossenen einheitlichen Arbeit geschaffen. In dem Geiste, wie wir nun einig zur Tat schreiten, möge das ganze Volk an seine Arbeit gehen. (Stürmischer Beifall.)

Justizminister Timm: Wenn eine Ministerratsitzung von solcher Dauer in einer solchen Situation mit einer Einigung endet, so ist das ein glückliches Ereignis. Eine Idee, die sich auf Gewalt stützen müßte, ist von vornherein zum Untergang verurteilt. Wir erstreben das Vertrauen des Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Finanzminister Dr. Jaffe: Wir brauchen große finanzielle Mittel für die Lebensmittelversorgung aus dem Ausland. Der bayerische Kredit steht im Ausland noch aufrecht. Gegenwärtig tagen in Stuttgart die Finanzminister Süddeutschlands und Sachsens zur Vorbereitung einer gemeinsamen Haltung gegenüber Berlin.

Verkehrsminister v. Frauendorfer spricht über die Demobilisierung und die mit ihr zusammenhängenden Verkehrsverhältnisse. Nicht weniger als die Hälfte unserer schweren Güterzuglokomotiven müssen wir in diesen Tagen an Frankreich abgeben. Ich denke mit Schrecken daran, wie sich dann unsere Kohlenversorgung und die Verhältnisse unserer Industrie gestalten werden. Vier Wagenklassen seien in Zukunft überflüssig. Eine, höchstens zwei Klassen seien ausreichend.

In längeren Ausführungen entwickelten dann noch ihr Programm der Minister für soziale Fürsorge, Unterleithner, Kultusminister Hoffmann und der Minister für militärische Angelegenheiten, Kosschauer. — Damit schließt die Sitzung.

Die Ermordete Erzaren-Familie.

Nach dem Blatt „Golos Kiewa“ ist die ganze Jarenfamilie erschossen worden: Der Zar, der Thronfolger, die Erzarin Alexandra Feodorowna, die Großfürstinnen Tatjana, Olga, Maria und Anastasia. Zugleich mit der Jarenfamilie wurden Dolgoroff, der Leibarzt Wotkin, die Leibschneiderin Schneider und andere Personen des Gefolges erschossen. Der Kammerdiener des Zaren ist kurz vorher von Bolschewisten verhaftet worden und kam ins Gefängnis. Die letzten Wochen vor der Ermordung wurde die ganze Familie des Zaren in einem Zimmer gefangen gehalten, wo ihnen ein einziges Bett zur Verfügung stand. Im Zimmer befand sich Tag und Nacht eine Wache der roten Armee. Den unerträglichsten Belästigungen waren sie ausgesetzt. In der Nacht vom 17. Juli tötete ihnen der Kommissar Wodjesski mit, daß sie erschossen werden würden, worauf sie in einen Keller gebracht, an die Wand gestellt und erschossen wurden. Auf die letzte Bitte des Zaren wurde er mit dem franten und ermatteten Thronfolger auf dem Arm erschossen. In der gleichen Nacht brachte man die Leichen aus Zlatopol, wo die Tat begangen wurde, weg und verbrannte sie 40 Werst von der Stadt entfernt. Der Kammerdiener des Zaren fand unter der Asche einen großen Diamanten, der der Großfürstin Olga gehörte. Dieser Stein war von dem Kammerdiener des Zaren in die Wäsche der Großfürstin eingenäht worden. Im Keller, wo die Erschießung stattgefunden hatte, war das Blut vom Boden weggesaugt und die Spuren der Kugeln an der Wand überstrichen worden. Deswegen wurde es der Kommission, alles zu entdecken. Ungefähr in dieselbe Zeit wurden auch mehrere Großfürstinnen ermordet.

Gefangenenfragen.

BA. Berlin, 3. Dez. Die Kommission zur Untersuchung der Anlagen wegen Völkerrrechts widriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland hielt ihre erste Sitzung ab. Staatssekretär Erzberger eröffnete die Verhandlungen und sagte u. a.: Die deutsche Regierung hat, indem sie diese Kommission ins Leben rief, ihren ersten Willen bekundet, an ihrem Teil zur rückstandslosen Feststellung der Wahrheit in allen jenen Fällen beizutragen, in denen berechtigte Beschwerden der gegnerischen Regierungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland vorgebracht werden sollten. Die Kommission besitzt weitestgehende Befugnisse als zuvor eine deutsche Untersuchungskommission sie je gehabt hat. Die gegnerischen Regierungen sind in der Lage, sich durch beglaubigte Vertreter, denen die Teilnahme an den Verhandlungen gestattet ist, über alle Einzelheiten der anhängig gemachten Verfahren zu unterrichten. Nichts soll verborgen bleiben, nichts soll verheimlicht, alles soll klargestellt werden. Möge die Arbeit, die Sie, meine Herren, im Dienst der Gerechtigkeit und Menschlichkeit vollbringen, vor aller Welt bezeugen, daß Deutschland ein ungehämmerter Recht darauf hat, unter den zivilisierten Nationen der sich aufbauenden Welt einen geachteten Platz einzunehmen. Ich ersuche Eyn. Prof. Schilling-Magburg, dessen Gerechtigkeitssinn und völkerverständendes Arbeiten der ganzen Welt bekannt ist, den weiteren Vorsitz der Verhandlungen zu führen.

Deutschlands Eisenindustrie bedroht.

Neben die Lebensmittelfrage und den Kohlenmangel gel tritt neuerdings eine neue Gefahr, von der Deutschland bedroht wird: die Eisennot, und damit eine Arbeitslosigkeit, von deren Ausdehnung man sich kaum die richtige Vorstellung macht. Wir haben im Westfälischen Eisenbergbau im Jahre 1913 zusammen mit dem luxemburgischen an der deutschen Erzförderung von insgesamt 35,9 Millionen Tonnen mit 28,5 Mill. Tonnen und dem Eisenhalt nach bei insgesamt 10,54 Mill. Tonnen nicht weniger als 8,15 Millionen Tonnen oder 77 Prozent beteiligt. Alle übrigen Eisenerzgruben in deutschem Besitz haben nur eine Leistungsfähigkeit von 7,4

Millionen Tonnen Eisenerz mit 2,39 Millionen Tonnen Eiseninhalt. Selbst wenn man jetzt nach dem Verlust Lothringens die Förderung der anderen deutschen Gruben steigern könnte, kämen nur 4—5 Millionen Tonnen deutsches Eisen heraus. Und nun rechnet man aus, wieviel Menschen durch die plötzliche Eisennot arbeitslos werden, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Schon vor dem Kriege waren 16 Prozent der ganzen deutschen gewerblichen Arbeiterschaft, nämlich 1 1/2 Millionen Arbeiter in der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrie beschäftigt. Im Kriege sind es rund 2 Millionen geworden. Rechnet man zu jedem Eisenarbeiter 2—3 Familienangehörige, so hat die Eisenindustrie eine Bevölkerung von 5—6 Millionen Seelen, d. h. ebenso viel Menschen ernährt, als in den Bundesstaaten Büttemberg, Baden, sowie im Reichsland Elsaß-Lothringen zusammengekommen vor dem Kriege gewohnt haben. Allein, dieses Bild ist noch nicht vollständig. Wir haben erst die Arbeiter gezählt, welche unmittelbar in der Eisenindustrie tätig sind. Dazu kommen die Wirtschaftszweige, die hauptsächlich oder fast ausschließlich mit der Eisenindustrie zusammenarbeiten, deren Arbeiterschaft also unmittelbar von dem Wohlergehen der Eisenindustrie Nutzen haben. Da steht in erster Linie der Kohlenbergbau, der in Deutschland im Jahre 1913 über 700 000 Bergleute beschäftigte. Nach den Berechnungen des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials werden nicht weniger als 33 Prozent der in Deutschland geförderten Kohlen in der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrie verbraucht. Demnach wären vor dem Kriege etwa 230 000 Kohlenarbeiter nur für die Versorgung der Eisenindustrie tätig gewesen. Ebenso steht es mit den in den Rastbüchen, Zementwerken usw. tätigen, sowie den Arbeitern derjenigen anderen Wirtschaftszweige, die die zahlreichen Industriezweige, die mit der Eisenindustrie in wechselseitiger Verbindung und Befruchtung stehen, auch nur aufzuzählen, geschweige denn den Anteil der Arbeiterzahl zu berechnen.

Aber wir wollen noch zu ermitteln suchen, inwieweit die Eisenindustrie am Eisenbahnverkehr beteiligt ist. Von der Gesamtgüterbeförderung auf deutschen Eisenbahnen in Höhe von 505 Millionen Tonnen entfielen 1913 auf Eisenerze, sowie Eisen und Stahlwaren aller Art rund 60 Millionen Tonnen. Dazu kommen allein an Kohlen (die anderen Güter wollen wir garnicht mitrechnen), die für die Eisenindustrie bestimmt sind, eine Menge von 65 Millionen Tonnen. Der 3. Eisenindustrie hinfließende und von ihr ausgehende Güterverkehr machte demnach etwa 125 Millionen Tonnen, d. h. etwa den vierten Teil der ganzen Gütermenge der Staatsbahn aus. Nimmt man von der Zahl der an der vollspurigen Bahn Angestellten in Höhe von 782 000 Mann einen entsprechenden Anteil, also etwa 25 Prozent an, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Eisenindustrie mittelbar auch in der Staatsbahnverwaltung noch ein Arbeiterheer von nahezu 200 000 Mann beschäftigte. Es gibt also die Eisenindustrie unter Veräufertigung des Kohlenbergbaues und des Eisenbahnverkehrs einer Bevölkerung von etwa 6 bis 8 Millionen Menschen Arbeit, Brot und gutes Auskommen. Das hört nun plötzlich auf, d. h. es ist auf einen ganz kleinen Bruchteil der bisherigen Verhältnisse zurückgeschraubt. Wenn auch einzelne Munitionsfabriken ihre Arbeiter weiterbeschäftigen und z. B. ganz ungenügend Millionen von Zündern herstellen, so geht das doch nur eine kurze Weile und rettet nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Arbeitern vor der Arbeitslosigkeit. Nein, neben der schlimmsten Umschaltung der Eisenindustrie auf Friedensarbeit kann nur die sofortige Erschließung neuer Eiseneinfuhr helfen. Schweden und Spanien waren vor dem Kriege die Hauptlieferanten. Die Wege müssen wieder geöffnet werden. Die Aufhebung der feindlichen Blockade ist nicht nur wegen der bitter notwendigen Lebensmittelfuhr, sondern auch wegen der Eisennot und der dahinter wartenden katastrophalen Arbeitslosigkeit das Gebot der Stunde. An die derzeit herrschenden politischen Mächte gibt es nur einen Appell: Schafft Ordnung und macht Frieden! Ohne Brot und Fleisch und Fett geht das deutsche Volk zugrunde. Aber auch ohne Eisen!

Die Abrüstung des Krieges und Aufbau der Friedenswirtschaft.

Das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei der Abrüstung getroffen werden, ist der Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft, der Anfang einer besseren Zukunft für alle deutschen Männer und Frauen. Wie in der deutschen Politik, so soll auch in der deutschen Wirtschaft ein neues Leben beginnen. Was draußen verloren ist, soll in der Heimat gewonnen sein.

Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang miteinander. Wenn ein Rad falsch läuft, wird der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitserfolg in Frage gestellt. Jeder ist aber ein Glied in dieser Maschine und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens.

Zuerst müssen die Transportmittel richtig arbeiten, damit jedermann und jeder Rohstoff dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeitsgelegenheit winkt, also müssen zuerst all jene Soldaten entlassen werden, die bei den Verkehrs- und Transportunternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt werden sollen.

Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in Deutschland sie gewonnen werden können. — Demgemäß sollen die Bergarbeiter so rasch wie irgend möglich für ihre Arbeit freigegeben werden.

Hierzu, wie überhaupt zur Aufrechterhaltung unseres ganzen Lebens ist Elektrizität, Gas und Wasser unerlässlich. Deshalb müssen auch dafür die Arbeitskräfte gestellt werden.

Viele können nicht ohne weiteres eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die ganzen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben gerüstet werden, für die sie bei der Rückkehr der Soldaten gebraucht werden. Die Angehörigen dieser Organisationen müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen können, ehe die Arbeitnehmer in der Heimat passende Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden können.

Es wird an Arbeitsgelegenheit in Deutschland nicht fehlen. Die Arbeitgeber haben sich den Arbeitnehmer-Organisationen gegenüber schon verbindlich verpflichtet, alle ihre früheren Arbeiter und Angestellten, wenn sie es wünschen, wieder in der gleichen Stelle einzustellen. Jeder tut daher gut, wenn er sich nach der Entlassung an den Ort begibt, wo er vor dem Kriege beschäftigt war und bei seiner alten Arbeitsstelle nach Beschäftigung fragt.

Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren will, wird dazu in keiner Weise gezwungen. Wer neue Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am nächsten liegt. Es ist dafür gesorgt, daß über ganz Deutschland die Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung stehen. An jeder Stelle weiß also jeder Arbeitsnachweis, wo etwa Arbeitsgelegenheit noch unbesetzt ist.

Besonders ist zu warnen, sich mit Gewalt in die großen Industriebezirke zu drängen, wo die Schwierigkeiten der Ernährung und der Unterkunft — wie alle wissen — besonders groß sind.

Es wäre auch unklug, nur in Großbetrieben nach Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für gute Löhne und Arbeitsbedingung wird in Stadt und Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt. Gewerkschaften und Arbeitgeber-Organisationen arbeiten — eine wichtige Erziehungsaufgabe des Krieges! — Hand in Hand miteinander.

Wenn die Abrüstung in Ruhe und Ordnung vor sich geht und niemand auf eigene Faust handelt, dann wird aus dem Kriege neues Leben rasch erwachsen. Der Frieden wird nicht nur Leben und Gesundheit sichern, sondern auch Freiheit und Wohlstand bringen.

Tagesgeschichte.

Aus den Parteien.

(b.) Berlin, 3. Dez. Es kann als sicher angenommen werden, daß in aller Kürze die Vereinigung der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei perfekt wird.

(d.) Breslau, 3. Dez. Nach dem „Kriegsgebirgsbote“ erklärte der Abgeordnete Kopsch zur Erhaltung der liberalen Einigkeit seinen Beitritt zur demokratischen Partei.

(b.) Gotha, 4. Dez. Der Nationalliberale Landesverein und die Landesorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei beschließen ihre Auflösung und den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei.

Das alte Steuerfluchtgesetz.

(*) Das alte Steuerfluchtgesetz kennt nur die „subjektive“ Steuerflucht, die Auswanderung des Steuerpflichtigen. Das neue, am 21. November beschlossene Steuerfluchtgesetz wendet sich gegen die „objektive“ Steuerflucht: Gegen die Verbringung von Vermögensteilen ins Ausland. Seine wichtigsten Bestimmungen sind die folgenden: Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu bringen anders als durch Vermittlung der Banken. Als Wertpapiere gelten nicht die Zahlungsmittel, die durch die in Kraft bleibende Devisenordnung geschützt werden. Dagegen darf ein Auftrag auf Verbringung von Wertpapieren in das Ausland oder auf Anschaffung von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausgeführt werden, wenn der Auftragsteller in doppelter Ausfertigung eine Erklärung über den Inhalt und Zweck des Geschäftes abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die eigenen Geschäfte der Bank sollen nicht unter diese Bestimmung fallen. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Bestimmungen treffen. Ferner ist ein Verbot für die Errichtung eines Kontos (die Verlegung von Verträgen und Mieten von Schließfächern) unter falschem Namen erlassen worden. Die Bank hat sich über die Persönlichkeit des Auftragstellers zu vergewissern. Auf eine Übertretung dieser Verbote sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100 000 Mark Geldstrafe, wahlweise mit Gefängnis bis zu drei Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Wenn eine Bank an der Übertretung dieses Verbotes durch Lässigkeit mitwirkt, verfällt sie einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark. Wirft ein Bankbeamter absichtlich an der Übertretung des Verbotes mit, so wird er nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches mit schuldig, auch der Versuch ist strafbar.

Kleine Nachrichten.

(b.) Berlin, 3. Dez. Die neugegründete unabhängige Frauenpartei vertritt die Forderung einer unverzüglichen Schaffung eines besonderen Ministeriums für Fraueneinrichtungen.

(w.) Berlin, 3. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus Spa: Die Entente hat unseren in Finnland befindlichen Truppen freies Geleit nach Deutschland zugesichert.

(d.) Dresden, 3. Dez. Hier sind einige Fälle von schwarzen Wunden festgestellt worden, die von heimkehrenden Kriegern eingeschleppt worden sind.

(*) Stuttgart, 3. Dez. Die Wahl zur verfassunggebenden württembergischen Landesversammlung findet zwischen dem 15. und 20. Januar statt.

(w.) Benthien, 3. Dez. Der obereschlesische Bergarbeiterstreik kann als erledigt angesehen werden.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Zur bevorstehenden Besetzung.

§ Destr. 5. Dez. In der nächsten Woche werden hier die Besatzungstruppen unserer Feinde eintreffen. Es dürfte daher im allgemeinen Interesse liegen, vor jeder möglichen Ausschreitung und unbefonnenen Handlungsweise etwaiger Hülfskräfte gegenüber den Besatzungstruppen zu warnen. Denn jede einzelne Unbesonnenheit kann der ganzen Bevölkerung unter Umständen großen Schaden zufügen. Wir müssen das über uns gekommene Schicksal standhaft ertragen und zwar mit Würde. Nur durch ein achtungsvolles Entgegenkommen kann unser Los vielleicht etwas gemildert werden.

Versammlung.

+ Eltville, 5. Dez. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im „Hotel Reisenbach“ zu Eltville eine öffentliche Versammlung der Deutschen demokratischen Partei statt. Da auswärtige bekannte Redner erscheinen, und bei dem großen Interesse, welches augenblicklich die politischen Fragen für uns alle haben, wird die Versammlung voraussichtlich von Männern wie Frauen sehr stark besucht.

Diebstahl.

* Eltville, 3. Dez. Hier wurde in der Villa Maritz ein großer Silberdiebstahl ausgeführt, welchen man erst jetzt entdeckte. Als bei Kriegsausbruch die Familie Maritz in ihre Heimat, nach Frankfurt, eilte, ließ sie u. a. das gesamte Silber hier zurück. Als später die Besetzung unter deutsche Verwaltung gestellt wurde, wurde das Silber in einen Schrank verschlossen und der Schrank versiegelt. Nunmehr ist festgestellt worden, daß der Schrank auf der Rückseite erbrochen ist, auch die Siegel waren gelöst, aber wieder kunstgerecht aufgesetzt worden. Das gesamte Silber ist verschwunden. Nach dem oder den Tätern wird gefahndet.

Zur Krankenversicherung.

□ Radesheim a. Rh., 4. Dez. Wie aus der Bekanntmachung der Ortskrankenkasse Radesheim im Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, ist die Einkommensgrenze bei der Krankenversicherung von 2500.— auf 3000.— mit Wirkung vom 2. Dezember d. J. erhöht worden. (Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 22. November 1918, Reichsgesetzblatt 1918 Seite 1321). Den Herren Arbeitgebern erwächst daher die Pflicht, die bei ihnen beschäftigten Personen mit einem Jahresentgelt von über 2500.— bis 3000.— bis zum 2. Dezember bei der Ortskrankenkasse anzumelden. Unterlassung der Meldung zieht Strafe nach sich. Die Verordnung läßt weiter zu, daß diejenigen Personen, die in der Zeit seit Beginn des Krieges wegen Überschreitens der Gehaltsgrenze von 2500 Mark aus der Krankenkasse ausgeschieden sind und ihre freiwillige Weiterversicherung versäumt haben, dies jetzt binnen 6 Wochen nachholen können, sofern sie beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt waren und nicht nach der neuesten Verordnung versicherungspflichtig sind. Auch die seit Beginn des Krieges wegen Überschreitens der Einkommensgrenze von 3000.— aus der Kasse ausgeschiedenen freiwilligen Mitglieder können, soweit sie jetzt nicht versicherungspflichtig sind, sich gleichfalls binnen sechs Wochen wieder weiterversichern.

Diebstahl.

Zwei Sach Lein: nahm der Arbeiter August Wilhelm von Dieblich auf seiner Arbeitsstätte der Firma Scheide-mantel in Schierstein kurzer Hand mit. Nachdem dies geklappt hatte, holte er einige Tage später mit dem Arbeiter Peter Schindling und dem Fuhrmann Konrad Johann Häuer, beide ebenfalls von Dieblich, 23 leere Säcke von derselben Stelle. Die Strafkammer zu Wiesbaden erkannte gegen Wilhelm auf 14 Tage, gegen Schindling auf drei Monate und gegen Häuer auf vier Monate Gefängnis.

Die Katholikenversammlungen in Wiesbaden nahmen einen schönen Verlauf. Die Redner äußerten sich sämtlich scharf gegen die jetzige Regierung, die eine einseitige Klassenherrschaft sei und forderten schleunigste Einkerkelung der Nationalversammlung. Zum Schluß wurde in beiden Versammlungen folgende Entschließung angenommen. „Die von mehreren Tausend Personen besuchten Versammlungen der Katholiken Wiesbadens beanspruchen mit allem Nachdruck von den gegenwärtigen Inhabern der Gewalt Ruhe und Sicherheit, Freiheit und Achtung ihrer religiösen und politischen Überzeugung. Sie fordern die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, der die Entscheidung in allen grundsätzlichen Fragen vorbehalten bleiben muß. Unsere Lösung ist eine christlich-demokratische Verfassung, Volksregierung und nicht Klassenherrschaft irgend welcher Partei, nicht Berliner Willkür. Die entscheidende erste Zeit verlangt ernste opferbereite Männer und Frauen im Denken und Wollen, im Willen und Handeln. Mit vereinten Kräften werden die Katholiken Wahrheit, Freiheit und Recht und so die dauernde Wohlfahrt des deutschen Vaterlands, der Kirche und Schule und der Familie sichern.“

Zur feindlichen Besetzung.

* Ueber den Termin, zu welchem die Besetzung der Stadt Wiesbaden durch die Truppen der Entente zu erwarten ist, erfahren wir unverbündlich, daß der Brückenkopf, d. h. das Gelände diesseits von Mainz, bis zum 7. d. M. geräumt sein müsse. — Unser 80. Regiment wird während der Besetzung von Wiesbaden durch die Truppen der Entente seinen Standort in Braunfels an der Lahn bzw. den benachbarten Ortsteilen haben.

Die Besetzung von Mainz.

* Die Heeresgruppe Gallwitz teilt mit, daß sie bei der Waffenstillstandskommission als Tag der Übergabe den 8. Dezember in Vorschlag gebracht hat. Eintreffen feindlicher Stäbe und Vorkommandos ist am 7. Dezember zu erwarten.

* Mainz, 4. Dez. Am Mittwoch trifft die Uebernahmeabordnung in Mainz ein. — Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat wird nach Eintreffen der fremden Besatzung als Wohlfahrtsausschuß oder Volksrat an die Behörden angegliedert werden. Eine Kontrolle der Behörden soll bestehen bleiben; falls die Garnisonverwaltung als militärische Stelle nicht weiter bestehen kann, wird sie von der Stadt übernommen.

Der Dank an die Stadt Bingen.

+ Bingen, 4. Dez. Folgendes Schreiben ist bei dem Bürgermeister der Stadt Bingen von dem Armee-Oberkommando der 5. Armee eingegangen: „Das Armee-Oberkommando dankt der Stadt Bingen für die entgegenkommende Aufnahme und Unterbringung, die Offiziere, Mannschaften und Beamte des 1. D. A. gefunden haben. Beim Abschied wünschen wir alle der alten deutschen Stadt am wunderschönen Rhein auch für die kommende ernste Zeit das Beste. Der Oberbefehlshaber: von der Marwitz, General der Kavallerie.“

Glückliches Bingen.

* Bingen, 4. Dez. Die Stadt Bingen ist ganz unverhofft in den Besitz von wertvollem Schlachtvieh gekommen. Beim Durchmarsch der fünften Armee ließen die Truppen 150 Rinder und Küder zurück, weil sie diese wegen Futtermangel nicht weiter mit sich führen konnten. Die Stadt erwachte künstlich diese Tiere, läßt sie nach und nach abschlachten und verkauft das Fleisch in beliebigen Quantitäten an die Einwohner zu dem Preise von 1 Mk. pro Pfund. In gleicher Weise hat die Stadt auch Fleischkonserven erworben und gibt dieselben pro Pfünd für 2,50 an die Bevölkerung ab.

Frankfurt in der neutralen Zone.

* Oberbürgermeister Voigt hat folgendes Telegramm des Staatssekretärs Erzberger erhalten: „Nach seeben eingetroffener Meldung der Waffenstillstandskommission in Spa fällt Frankfurt nicht in besetztes Gebiet, sondern in die neutrale Zone.“

Man darf diese Meldung nunmehr als endgültige Entscheidung erachten.

Freiwillige Auflösung.

* Worms, 4. Dez. Infolge der jüngsten Vorgänge im Deutschen Reich hat, wie aus Rindbach in der nahen Pfalz gemeldet wird, der dortige Militär-Verein sich aufgelöst. Die prächtige Fahne wurde dem katholischen Geistlichen übergeben, das Inventar veräußert, die Kasse unter die Mitglieder verteilt.

Amerikanische Ritterlichkeit.

* Trier, 4. Dez. Es berührt angenehm, wenn man von Ritterlichkeit beim Feind berichten kann. Hier kamen in acht Automobilen ein amerikanischer Offizier mit mehreren Mann an. Sie brachten von der Front etwa 15 deutsche Offiziere und 150 Mann, die die Uebergabe geleitet hatten. Als diese Arbeiten beendet waren, stellte sich heraus, daß kein deutsches Auto mehr zur Verfügung stand. In lebenswürdiger Weise erklärten sich die Amerikaner bereit, die Deutschen, die sonst den Rückmarsch zu Fuß hätten machen müssen, in Automobilen nach Trier zu bringen. Die Besatzung der Automobile in ihren karierten Uniformen verhielt sich, wie die „Trier. Zeitung“ schreibt, dem Publikum gegenüber sehr taktvoll und zurückhaltend, nicht so eine gewisse Sorte von Trierern, die sich nicht nahe genug heranbringen und das Maul nicht weit genug aufreißen können. Es gibt eben Menschen, die von Takt und Selbstachtung keine blasse Ahnung haben.

Ein Konflikt.

* Nieder-Roden, 4. Dez. Zwischen dem Arbeiter- und Bauernrat und dem Bürgermeister unserer Gemeinde ist es über die Anerkennung des N. u. B. Rates zu einem Konflikt gekommen. Der Bürgermeister will ohne Befugnis des Kreisamtes zu Dieburg den N. u. B. Rat nicht anerkennen und da eine diesbezügliche Verfügung bisher nicht eintreffend ist, geht der Streit zwischen beiden Körperschaften weiter.

Ein Hamsterlager ausgenommen.

* Große Lebensmittelvorräte wurden bei einem Fabrikanten in der Wilmsdorfer Straße beschlagnahmt. Der Sicherheitspolizei war gemeldet worden, daß der Fabrikant noch Kupfer und Messingbestände besitze, die er nach den ergangenen Verfügungen hätte abliefern müssen. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung fand man denn auch unter Betten versteckt eine größere Menge dieser Metalle. Als man jetzt erfuhr, daß der Fabrikant nicht mehr als sieben Kellervorräte und Bodenträume im Hause gemietet hatte, wurden auch diese durchsucht. Hier fand man nun Lebensmittel aller Art, darunter mehrere Zentner Mehl, 500 eingelegte Eier, 5 Zentner Äpfel, Weine, Vögel, Zigaretten und Zigarretten. Alles was über den eigenen Bedarf war, wurde beschlagnahmt.

Preissturz am Pferdemarkt.

* In Jüterbog, Jossen, Spandau und Wandsdorf sind bei der Versteigerung von Militärpferden Spottpreise gezahlt worden. Pferde, die für 4000 Mk. angekauft waren, wurden für 400 Mk. verkauft. Einzelne gingen noch billiger in Privathand über, weil es an Käufern fehlte.

Spart an elektrischem Licht!

* Von seiten des Reichsausschusses für die Kohlenverteilung in Berlin wird in einem Rundschreiben an sämtliche Kriegsamtsstellen erneut darauf hingewiesen, daß die Kohlenlage in nächster Zeit sehr ernst werde, so daß größte Sparsamkeit geboten sei. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß sich die Verbraucher elektrischer Arbeit äußerst einschränken, damit nicht eines Tages die Stromlieferung gänzlich eingestellt werden muß. Insbesondere werden die Geschäftsleute darauf hingewiesen, daß Schaufenster- und Kellerausleuchtungen absolut unterbleiben müssen. Bei Zuwiderhandlungen steht zu erwarten, daß den Betreffenden die Stromlieferung gesperrt wird. Auch an die Rotorenbesitzer ergeht die Bitte, mit Einbruch der Dunkelheit ihre Motore stillzulegen, damit die hierdurch ersparte elektrische Arbeit für die Versorgung der Lichtstromverbraucher zur Verfügung steht.

Denkt an die Kriegsbeschädigten.

* Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge als die Zusammenfassung aller Träger der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge richtet an die Arbeitgeber Deutschlands in dieser Stunde ernstester Not die dringliche Bitte, die Kriegsbeschädigten und insbesondere die Schwerbeschädigten, die in ihrem Betrieb beschäftigt sind, so lange wie irgend möglich in ihren Stellen festzuhalten. Sollte es unerlässlich sein, sie zu entlassen, so dürfte es jedenfalls nur mit Kündigungsfristen geschehen, die über die Fristen für gesunde Arbeitskräfte erheblich hinausgehen. Weiter richtet der Reichsausschuß auch die Bitte an die Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten bei der neuen Einstellung von Arbeitskräften nicht zu vergessen.

Die wirtschaftliche Demobilisierung.

* Die wirtschaftliche Demobilisierung wird von den beteiligten Reichs- und Staatsstellen mit Eifer betrieben. Neuerdings sind bei der Eisenwirtschaft die Verwendungsverbote und das Freigabeverfahren für Halb- und Fertigfabrikate aufgehoben worden; auch die Bauprüfungstellen fallen fort. Im einzelnen sind eine ganze Reihe von Bekanntmachungen kriegswirtschaftlicher Reichsstellen mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt u. a. betreffend Einzelbeschlagnahme und Bestandserhebung über Eisenmaterial und Betriebsmittel der Straßenbahnen, Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stacheldraht und Stacheldrahtmaschinen, Beschlagnahme und Bestandserhebung von eisernen Heizkörpern und Zentralheizungsanlagen usw. Gleichzeitige Erklärungen, Bezugsscheine und Dringlichkeitsbescheinigungen sowie sonstige, den Verkehr in Eisen und Stahl regelnde Vorschriften für Bezug und Lieferung kommen ebenfalls in Fortfall.

— Die Verteilung von Druckpapier. Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. Müller, gibt bekannt, daß die Reichsleitung nach Möglichkeit bestrebt sei, die Erzeugung von Zeitungspapier zu steigern. Andererseits müßte sie im Interesse einer gesicherten Versorgung der Tagespresse mit Papier aber unbedingt erwarten, daß Verträge gegen die bestehenden Bekanntmachungen über Druckpapier vermieden werden. Es sei insbesondere unzulässig, ohne Genehmigung der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zu Berlin Zeitungspapier über das festgesetzte Bezugsrecht hinaus zu verbrauchen oder eigenmächtig Zeitungspapier zu beschlagnahmen, wie dies vereinzelt von drilichen Arbeiter- und Soldatenräten angeordnet worden sei. Dabei würde nicht verkannt, daß der gegenwärtige Zustand Härten für neu entstehende Zeitungsunternahmen im Gefolge habe. Sie sollen durch Änderung der gegenwärtig gültigen Bestimmungen über die Verteilung von Druckpapier für die Zeitungen beseitigt werden. Bevor diese Änderungen beschlossen und verhängt seien, müsse es abgesehen von dem jetzigen Zustand verbleiben.

Unsere Truppen in der Ukraine.

* Kijew, 4. Dez. Zeitungsmeldungen zufolge ist zwischen dem ukrainischen Verkehrsministerium und der deutschen Eisenbahnverwaltung eine Einigung über die Heimbeförderung der deutschen Truppen aus der Ukraine erzielt worden. Die Heimbeförderung wird etwa drei Monate dauern bei täglicher Abfertigung von sechs Zügen in den Hauptrichtungen.

Allgemeine Ortskrankenkasse

für die Gemeinden des ehemaligen Amtes Rüdesheim zu Rüdesheim am Rhein.

Gemäß Verordnung vom 22. November d. J. (Reichsgesetzblatt 1918 Seite 1321) ist bis auf weiteres die Versicherungsgrenze von Mk. 2500.— auf Mk. 5000.— Jahresentgelt erhöht worden. Hiernach sind alle bisher mit einem Jahresentgelt von über Mk. 2500.— von der Krankenversicherungspflicht befreit gewesen Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, ferner Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer, Erzieher, ferner Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt, weiterhin gegen Krankheit versichert.

Die Verordnung tritt am 2. Dezember 1918 in Kraft.

Die Herren Arbeitgeber werden aufgefordert, diese Personen, soweit für dieselben die Ortskrankenkasse Rüdesheim in Betracht kommt, bis zum 9. Dezember d. J. zur Kasse anzumelden.

Des weiteren steht denjenigen Personen, welche seit Beginn des Krieges wegen Ueberschreitens der Gehaltsgrenze von Mk. 2500.— aus der Kasse als versicherungspflichtig ausgeschieden sind, das Recht zu, binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung ihre Wiederaufnahme als Mitglied zu beantragen, sofern beim Ausscheiden das Recht zur Weiterversicherung bestand und jetzt infolge der Erhöhung der Versicherungsgrenze keine Versicherungspflicht vorliegt.

Diese Vorschrift findet auch auf solche Personen Anwendung, die seit Beginn des Krieges als freiwillige Mitglieder wegen Ueberschreitung der Einkommensgrenze von Mk. 4000.— aus der Kasse ausgeschieden mußten.

Mit der Erklärung auf freiwillige Weiterversicherung ist ein ärztliches Gesundheitsattest vorzulegen.

Rüdesheim a. Rh., den 3. Dezember 1918.

Der Vorstand:

Karl Meier, Vorsitzender.

Winkel am Rhein.

Donnerstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, findet eine

öffentliche Volksversammlung

im Saalbau Rosée statt, wozu alle Bürger und Bürgerinnen höflichst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Verhaltensmassregeln während der Besatzung. Referent: Josef Pleines, Winkel.
2. Gegenwarts- und Zukunftsfragen der deutschen Republik. Referent: Stadtverordneter Haese, Wiesbaden.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Winkel.

Nassauer,

werbet für die Deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energetische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauermland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten im Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmeyerstr. 10.

Gerichtszeitung.

(§.) Alles um einen Hasenbraten. Im August d. J. erhielt der Zementarbeiter Rabälber aus Schwaben die Nachricht, daß einer seiner Söhne aus dem Felde auf Urlaub kommen werde. Um diesem, der ein Verehrer von Hasenbraten war, einen solchen vorsetzen zu können, entschloß sich der 62 Jahre alte Mann, Vater von zehn Kindern, wieder einmal zu wildern. Als er auf Anstand sah, wurde er von einem Hilfspolizisten bemerkt, der ihn anrief. Rabälber legte auf ihn an und schoß ihm eine Ladung Schrot in den Hinterkopf, so daß der Beamte sofort tot zusammenbrach. Vor dem Schwurgericht behauptete der Mörder, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei, den tödlichen Schuß abzugeben, er müsse in vollständiger Verwirrung gehandelt haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur des Totschlags schuldig, worauf ihn der Gerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Hunderten beladenen Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangs-

bescheinigung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission.

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichten-truppen,) Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

Einladung.

Am Sonntag, den 8. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, findet im Saalbau Ruthmann in Mittelheim i. Rhg. eine

Berammlung

sämtl. Schuhmachermeister des Rheingankreises betreffs Festlegung der Statuten für die Schuhmacherzweiginnung statt. Es ist dringend notwendig, daß Alle erscheinen.

Reitz. Dell. Schneider.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Verstorbenen, der

Frau Karoline Ettingshausen Ww.

geb. Werder,

sowie für die Kranzspenden unsern herzlichsten Dank.

Hattenheim, Weisenheim, Berlin u. Mainz, den 2. Dezember 1918.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Fräulein

mit guter Handschrift f. Büro und Lager nach Eltville gesucht. Schriftl. Off mit Ang. bißl. Tätigk. und Gehaltsanpr. an d. Verlag d. Bl.

Suche braves fleißiges

Mädchen,

welches Liebe zu zwei Kindern hat und etwas nähen kann. Zu erfr. in d. Geschäftsstelle d. Blg.

Am Sonntag abend findet im Saalbau Gluck drei Billardkugeln entwendet worden. Der Täter ist erkannt und wird gebeten, dieselben in der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben, da sonst sofort Anzeige erfolgt.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der

Seiffellerei Söhnelein, Schierstein a. Rh.

Piano's

stimmt und repariert Wilh. Müller, Mainz Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik. Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Halle jetzt täglich v. 2-7 Sprechstunde.

E. Theiss, Dentist, Eltville.

Ein junger guter fahrochs, einpännig gefahren, ist zu verkaufen bei

Joh. Blümlein

Winkel, Kirchstraße 23.

Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr

im Saal des „Hotel Reisenbach“, Eltville, öffentliche

Versammlung

der

Deutschen demokratischen Partei.

Auswärtige Redner.

Alle demokratisch gesinnten Männer u. Frauen sind willkommen.